

Barfuss, Karl Marten; Kruse, Mirko; Wedemeier, Jan

Research Report

Bremen - Einige Thesen zur sozio-ökonomischen Entwicklung

HWWI Policy Paper, No. 117

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Barfuss, Karl Marten; Kruse, Mirko; Wedemeier, Jan (2019) : Bremen - Einige Thesen zur sozio-ökonomischen Entwicklung, HWWI Policy Paper, No. 117, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/200974>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Bremen – Einige Thesen zur sozio-ökonomischen Entwicklung

Karl Marten Barfuß, Mirko Kruse, Jan Wedemeier

HWWI Policy
Paper 117

Der Inhalt des Textes repräsentiert die persönliche Meinung der Autoren und stellt nicht zwingend die Meinung des Instituts beziehungsweise der ihm angehörenden Wissenschaftler dar.

Ansprechpartner:

Dr. Jan Wedemeier

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Fahrenheitstr. 1 | 28359 Bremen

Tel.: +49 (0)421 2208 - 243 | Fax: +49 (0)421 2208 - 150

wedemeier@hwwi.org

HWWI Policy Paper

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 340576-0 | Fax: +49 (0)40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

ISSN 1862-4960

Redaktion:

Prof. Dr. Henning Vöpel

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Juli 2019

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Bremen – Einige Thesen zur sozio-ökonomischen Entwicklung

Karl Marten Barfuß, Mirko Kruse, Jan Wedemeier

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1 Einleitung | 3 |
| 2 Bestandsaufnahme | 3 |
| 2.1 Verschuldung des Bundeslandes | 3 |
| 2.2 Arbeitslosigkeit und Armut | 7 |
| 2.3 Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur | 12 |
| 2.4 Bildung | 15 |
| 2.5 Pendeln und Wohnen | 18 |
| 3 Fazit | 22 |

1 | Einleitung

Die vorliegende Studie vermittelt einen Abriss darüber, was zu den Kernproblemen der gegenwärtigen Situation des Landes Bremen – vor allem hohe Staatsverschuldung, gravierende Arbeitslosigkeit, überdurchschnittliche Armuts- und Armutsgefährdungsquote, Bildungsnotstand, mangelnde Qualifikation von Arbeitskräften – geführt hat. Sie beschränkt sich auf die Faktoren, die nach Auffassung der Autoren entscheidend für die Problemfelder waren und sind. Die genannten Faktoren stellen wesentlichen Herausforderungen für die Zukunft dar.

2 | Bestandsaufnahme

2.1 | Verschuldung des Bundeslandes

Die hohe Pro-Kopf-Verschuldung des Bundeslands Bremen setzte mit der Großen Finanzreform von 1969/1970 und der Einführung des Wohnsitzprinzips bei der Verteilung der Einkommenssteuer auf Länder und Kommunen ein. Während Bremen bis zur Finanzreform Nettozahler im Länderfinanzausgleich war, beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung heute, mit verursacht durch die Finanzreform, rund 31.000 Euro.¹ Die staatliche Gesamtverschuldung beläuft sich gegenwärtig auf rd. 21 Mrd. Euro. Gesamtverschuldung und Pro-Kopf-Verschuldung sind in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen (vgl. Abbildung 1).² Die Staatsverschuldung geht bis in die jüngste Vergangenheit mit einem hohen Schuldendienst und eingeschränkter Handlungsfähigkeit des bremischen Staates einher.

Auch bei der sog. Schuldnerquote offenbart Bremen alarmierende Zahlen. Der Indikator misst den Anteil der Personen im Alter von über 18 Jahren mit einer hohen Überschuldungsintensität an der volljährigen Gesamtbevölkerung. Die Überschuldungsintensität gilt als hoch, sobald mehrere Merkmale einer hohen Verschuldung gemeinsam auftreten, wie z.B. dauerhafte Zahlungsstörungen bei verschiedenen Gläubigern, und damit die Zahlungsunfähigkeit droht. Im Jahr 2017 betrug die Schuldnerquote in der

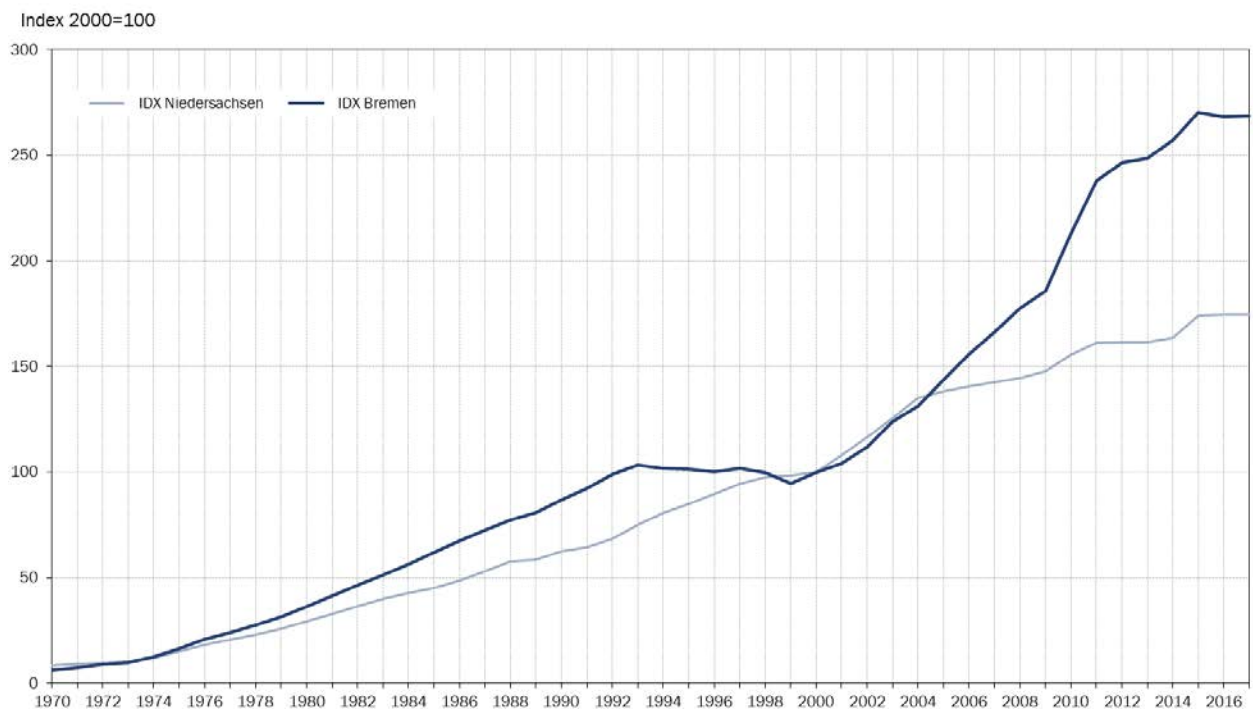
¹ Im Vergleich dazu, der Freistaat Bayern zahlt seit 1989 erstmals Ausgleichsbeträge. Davor war der Freistaat ausschließlich Nehmer. Bundesfinanzministerium (2019): Daten zum Länderfinanzausgleich, www.bundesfinanzministerium.de, Abgerufen am 12.06.2019.; Vgl. Deutsche Presseagentur (2012): Hintergrund: Auch Bayern hat lange Zeit Geld bekommen, Abgerufen am 12.06.2019.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Finanzen und Steuern, Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts, Fachserie 14 Reihe 5, Wiesbaden. Vgl. Bass, H.-H. (2015): Wagen und gewinnen: Das gilt auch für den Staat, in Bass, H.-H.; Niemeier, H.-M.; Wedemeier, J.; Wilke, C. (Hrsg.): Impulse für die Innovationspolitik im Land Bremen, HWWI Policy Paper 88, Hamburg.

Stadt Bremen rund 14 % der Gesamtbevölkerung, in Bremerhaven waren es sogar rund 21 %. In nur wenigen deutschen Städten ist die Schuldnerquote höher als in Bremen.³ Im Vergleich der Bundesländer liegt die Quote in Niedersachsen bei 10 % und in Bayern bei 7 %. Besonders hoch sind die Schuldnerquoten in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit. Eine hohe Schuldnerquote gilt als Armutsindikator, sie trägt zu einer Verringerung der Konsumneigung und wirtschaftlichen Dynamik bei.

Abbildung 1

Schulden des Landes (öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich), Niedersachsen und Bremen, 1970-2017



Quellen: Statistisches Bundesamt (2019); HWWI.

Einen entscheidenden Einschnitt bei der Staatsverschuldung Bremens brachte die Große Finanzreform von 1969/1970: Mit ihr wurde die Aufteilung der staatlichen Aufgaben auf Bund und Länder geändert. Neu eingeführt wurde das Wohnsitzprinzip bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Für Bremen bedeutete die Reform, dass die Lohn- und Einkommenssteuer von in Bremen tätigen und im niedersächsischen Umland wohnenden Arbeitnehmern von nun an Niedersachsen abzuführen war. Umgekehrt erhält Bremen die Steuern von in Bremen lebenden und in Niedersachsen arbeitenden

³ Vgl. Creditreform (2018): Schuldner-Atlas Deutschland 2018, Überschuldung von Verbrauchern, Creditreform Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Neuss.

Beschäftigten.⁴ Angesichts des wachsenden Pendlersaldos (Einpendler aus Niedersachsen minus Auspendler von Bremen nach Niedersachsen) führt seither das Wohnsitzprinzip zu einer erheblichen finanziellen Schieflage. Ein Beispiel liefert der Landkreis Osterholz-Scharmbeck. Aus dem Landkreis pendelten im Juni 2018 rd. 21 Tsd. Personen nach Bremen Stadt, umgekehrt sind es lediglich rd. 5 Tsd. Personen. Der absolute Pendlersaldo beträgt damit etwa 16 Tsd. Personen. Die Einpendlerquote ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen und beträgt derzeit 43 % der in Bremen tätigen Gesamtbeschäftigten.

Der Blick in die Wirtschaftsgeschichte Bremens offenbart, dass sich nach dem „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre mit hohem Wirtschaftswachstum, geringerer Arbeitslosigkeit und starken Einkommenssteigerungen die Wirtschaftslage eintrübte. Bereits 1961 war mit dem Automobilproduzenten Borgward ein Unternehmen in Bremen insolvent geworden, das bis dato rd. 20 % aller bremischen Industriebeschäftigten auf sich vereinte und als „Vorläufer“ des sich anbahnenden Strukturwandels gedeutet werden kann.⁵

Seit Mitte der 1970er Jahre war es dann besonders die Strukturkrise, die Bremen wirtschaftlich zu schaffen machte und seine Finanzen belastete: Ganze Wirtschaftsbranchen wie der Schiffbau, der den überlegenen ostasiatischen Konzernen nicht standhalten konnte, aber auch Einzelbetriebe gerieten in den Sog des wirtschaftlichen Niedergangs (u.a. Textilwirtschaft, Teile der Nahrungsmittelindustrie) mit der Folge wachsender Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote stieg im Land Bremen von 5,3 % (1980) auf 15,1 % (1988).⁶ Es waren in erster Linie nicht oder unzureichend qualifizierte Arbeitnehmer, die ihren Job verloren. Besonders betroffen waren Beschäftigte aus den benachbarten Stadtteilen der Großbetriebe (beispielsweise Gröpelingen mit der AG Weser, Vegesack und Blumenthal mit der Großwerft Bremer-Vulkan und der Bremer Wollkämmerei). Die Strukturkrise hat in diesen Stadtteilen nachhaltige Spuren in der Sozialstruktur hinterlassen.⁷ Es ist nicht gelungen, der sich räumlich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit wirksam entgegenzuwirken.

Nachdem der Senat erkannt hatte, dass die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur strukturellen Konservierung und eine expansive Haushaltspolitik weitgehend erfolglos blieben, wurden mit den Wirtschaftspolitischen Aktionsprogrammen (WAP) relativ spät Schritte zur strukturellen Erneuerung eingeleitet. Während die Gründung der

⁴ Die Arbeitsstättenländer tragen damit für die umliegenden Bundesländer zahlreiche Zusatzbelastungen.

⁵ Vgl. Günther, D. (2011): Letzte Ausfahrt Bremen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.07.2011, www.faz.net, Abgerufen am 13.06.2019.

⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Diverse Daten, Nürnberg.

⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2018): Tabelle 12311-00-05: Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen und Arbeitslosenziffer (Quartale bis 12/2017), www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 15.06.2019.

Universität Bremen 1971 und die Entwicklung eines angeschlossenen Technologieparks in der Rückschau als gelungene Reaktion auf den Strukturwandel bewertet werden können, wirkten die Erhöhung des Öffentlichen Dienstes zur Entlastung des lokalen Arbeitsmarkts (1974) wie auch die sog. Kluncker-Runde mit Einkommenserhöhungen für den öffentlichen Dienst von rund 11 % (2008) besonders schwerwiegend.⁸ Die sog. Einwohnerwertung, mit der die strukturelle Belastung Bremens gegenüber den Flächenstaaten ausgeglichen werden soll, sowie die Beteiligung des Bundes an den Hafenumlasten, reichten zur Haushaltskonsolidierung nicht aus. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung gingen Hand in Hand und lähmten bis in die jüngste Gegenwart die Handlungsfähigkeit des Senats bis hin zur Haushaltsnotlage, bei der der Staatshaushalt nur durch weitere Neuverschuldung ausgeglichen werden kann.

Urteile des Bundesverfassungsgerichts (1986 und 1992) mit Sanierungshilfen des Bundes führten lediglich zu einer vorübergehenden Entlastung bei der Neuverschuldung Bremens; der Schuldensockel mit seiner hohen Zinslast blieb jedoch bestehen.⁹ In den letzten Jahren ist es durch einen rigiden Sparkurs gelungen, dass Bremen gegenwärtig keine neuen Schulden mehr aufnimmt. Begünstigt wird diese Entwicklung durch das niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt. Trotz der derzeitigen Niedrigzinsphase betragen die Zinsausgaben des Stadtstaates Bremen in 2016 gleichwohl etwa 600 Millionen Euro und damit 19,3 % der Steuereinnahmen.¹⁰ Der Sparkurs der vergangenen Jahre ging nicht zuletzt zulasten der Infrastruktur und anderer staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Ab 01.01.2020 gilt die neue Schuldenbegrenzungsregel, die im Rahmen der Föderalismuskommission II aufgestellt worden ist, welche dem Haushalt von Bund und Ländern einen engeren Rahmen zur Verschuldung setzt (ausgeglichener Haushalt ohne Einnahmen aus Krediten). Als Fazit muss somit Bremen sein strukturelles Defizit reduzieren. Im Rahmen der Neuordnung erhält Bremen zur langfristigen Haushaltskonsolidierung ab 2020 strukturelle Mehreinnahmen in Höhe von jährlich 87 Mio. Euro, außerdem bis 2035 jährliche 400 Mio. Euro Sanierungshilfen. Der Unterschied zu den bis 2019 gezahlten Konsolidierungshilfen von jährlich 300 Mio. Euro besteht nicht nur in der Höhe, sondern vor allem bei den Verfügungsoptionen. Während bisher das

⁸ Vgl. Erber, G. (2012): Deutschlands Position bei Lohnstückkosten, Extrahandel und realen Wechselkursen in der Eurozone – was sagt die Statistik?, ifo Schnelldienst 5/2012, 65 Jg.; Vgl. Hahne, P. (2005), »Arbeit zu überhöhten Preisen«, Kölner Stadtanzeiger, 9. März.

⁹ Vgl. Bundesverfassungsgericht Urteil vom 24. Juni 1986 - 2 BvF 1, 5, 6/83, 1/ 84 und 1, 2/85; Bundesverfassungsgericht Urteil vom 27. Mai 1992 - 2 BvF 1, 2/88, 1/89 und 1/90; Vgl. Mönnich, Ernst (2013): Unrealistische Einnahmeplanung durch Geber und Nehmer: das Beispiel Bremen, in Wirtschaftsdienst (2013) 93. Jahrgang, Heft 6, 412-419; Vgl. Lang, W.; Hickel, R. (2013): Sanierungshilfen des Bundes durch Teilschuldung 1994 bis 2004, Überwindung der „extremen Haushaltsnotlage“ und Stärkung der Wirtschaftskraft, IAW Arbeitspapier 2, Bremen.

¹⁰ Vgl. Die Senatorin für Finanzen (2017): Zukunftskommission „Finanzpolitische Entwicklung Bremens, Bremen.

Land Bremen für die Einhaltung der Sanierungsziele eine jährliche Schuldenerleichterung von 300 Mio. Euro erhielt, werden die neuen Zuweisungen dem allgemeinen Haushalt bis auf eine Tilgungsverpflichtung von 50 Millionen Euro jährlich zzgl. 150 Mio. Euro fünfjährlich zur Verfügung stehen¹¹. Die Finanzhilfe dient damit primär der Finanzierung des laufenden strukturellen Bedarfs (und Verpflichtungen), der Nachsteuerung bei Trägern (deren finanziellen Zuweisungen in den letzten Jahren nahezu konstant waren) oder auch zur Finanzierung der Kita-Beitragsfreiheit und aufgestockten Grundgehälter der Lehrkräfte an Grundschulen.¹² Daher ist der verbleibende finanzielle nennenswerte Spielraum angesichts der Vorbelastung kommender Haushalte nichtsdestotrotz relativ klein.¹³

Zusammengefasst: Externe und „hausgemachte“ Faktoren haben Bremen in den vergangenen Jahrzehnten in eine hohe Verschuldung getrieben. Auf der Einnahmenseite waren vor allem die Einführung des Wohnsitzprinzips bei der Verteilung der Lohn- und Einkommenssteuer sowie die Strukturkrise dafür verantwortlich, auf der Ausgabenseite die temporäre Erhöhung des öffentlichen Diensts, hohen Pensionslasten sowie zeitweise hohe Investitionen in die Infrastruktur. Durch rigide Sparprogramme, überdurchschnittlich steigende Steuereinnahmen infolge der zuletzt guten konjunkturellen Entwicklung, niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt und Sanierungshilfen des Bundes ist es Bremen in den letzten Jahren gelungen, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

2.2 | Arbeitslosigkeit und Armut

In der Stadt Bremen war zuletzt die Arbeitslosenquote mit rd. 9,5 % (Mai 2019) rund doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen (4,9 %). Besonders hoch ist mit 12,3 % die Arbeitslosenquote in Bremerhaven. Der Abstand zu Niedersachsen verharrt seit Jahren auf hohem Niveau (vgl. Abbildung 2). Vergleicht man die Arbeitslosenquote der Stadt Bremen mit Städten im Ruhrgebiet wie Dortmund oder Gelsenkirchen oder anderen vom Strukturwandel gezeichneten Regionen,

¹¹ Vgl. Schlitte, F. (2017): Detailbewertung zum Beschluss über die Neuregelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems (ab 2020), www.handelskammer-bremen.de, Abgerufen am 13. Juni 2019.

¹² Vgl. Die Senatorin für Finanzen (2017): Zukunftskommission „Finanzpolitische Entwicklung Bremens, Bremen.

¹³ Es ist zu vermuten, dass in der kommenden Legislaturperiode durch Gründung öffentlicher Gesellschaften für größere Infrastrukturprojekte (z.B. Schulneubau) die Neuverschuldung aus dem öffentlichen Haushalt des Landes Bremen herausgenommen wird. Zwar wären in diesem Modell monatliche Mieten zu entrichten, da die Baukosten aber nicht mehr Teil des öffentlichen Haushalts wären, könnten sie immer noch der Schuldenbremse der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen entsprechen. Dadurch wird die Pro-Kopf Verschuldung des Bundeslandes weiter ansteigen, da diese sich aus einer öffentlichen und nicht-öffentlichen Verschuldungskomponente zusammensetzt.

ist die Situation Bremens hiervon nicht abweichend. Auffallend ist aber, dass die Arbeitslosigkeit im Bremer Umland vielfach unter dem niedersächsischen Durchschnitt liegt; ein Indiz dafür, dass die niedersächsischen Randgemeinden vielfach vom Erfolg der Wirtschaft Bremens abhängen.¹⁴

Die schwierige Situation am bremischen Arbeitsmarkt wird auch durch den hohen Anteil an atypischer Beschäftigung – Teilzeitjobs und befristeten Anstellungen – reflektiert;¹⁵ er ist in Bremen deutschlandweit am höchsten. Betroffen sind von dieser Entwicklung insbesondere Frauen, ausländische Beschäftigte sowie Berufsanfänger. Die Einordnung dieser Situation ist zweigeteilt: Einerseits kann dies darauf hindeuten, dass Teilzeitbeschäftigte eine Entwertung ihrer Qualifikation erfahren, andererseits erleichtert dies insbesondere Jüngeren und Langzeitarbeitslosen den Einstieg in das Erwerbsleben.¹⁶

Als Folge der Strukturkrise in den 1970er und 1980er Jahren haben in erster Linie Un- und Angelernte in Großbetrieben und ihren Zulieferern ihren Job verloren. Neue Arbeitsplätze waren im Zuge der Reorganisation der bremischen Wirtschaft mit höheren Anforderungen verbunden, die von den Arbeitslosen ohne Qualifizierung nicht oder unzureichend erfüllt wurden. Charakteristisch für die hohe Arbeitslosigkeit Bremens ist der hohe Anteil an weitgehend persistenter Langzeitarbeitslosigkeit an den Arbeitslosen von rd. 45 % in Bremen Stadt und 40 % in Bremerhaven. Der Abstand zwischen dem Land Bremen und Deutschland beträgt etwa 10-Prozentpunkte (34,8 % in Deutschland und 43,6 % für das Land Bremen). Auch der Ausländeranteil an der Gesamtarbeitslosigkeit ist in Bremen überdurchschnittlich, im Bremer Durchschnitt sind dies rund 36 % der Arbeitslosen, im Vergleich zu Niedersachsen und Deutschland sind dies etwa 10-Prozentpunkte mehr. Eine nennenswerte Abweichung der Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen (15-20 jährig) und Älteren (55-65 jährig) lässt sich für das Bundesland Bremen im Vergleich mit Niedersachsen und Deutschland hingegen nicht feststellen (vgl. Tabelle 1).

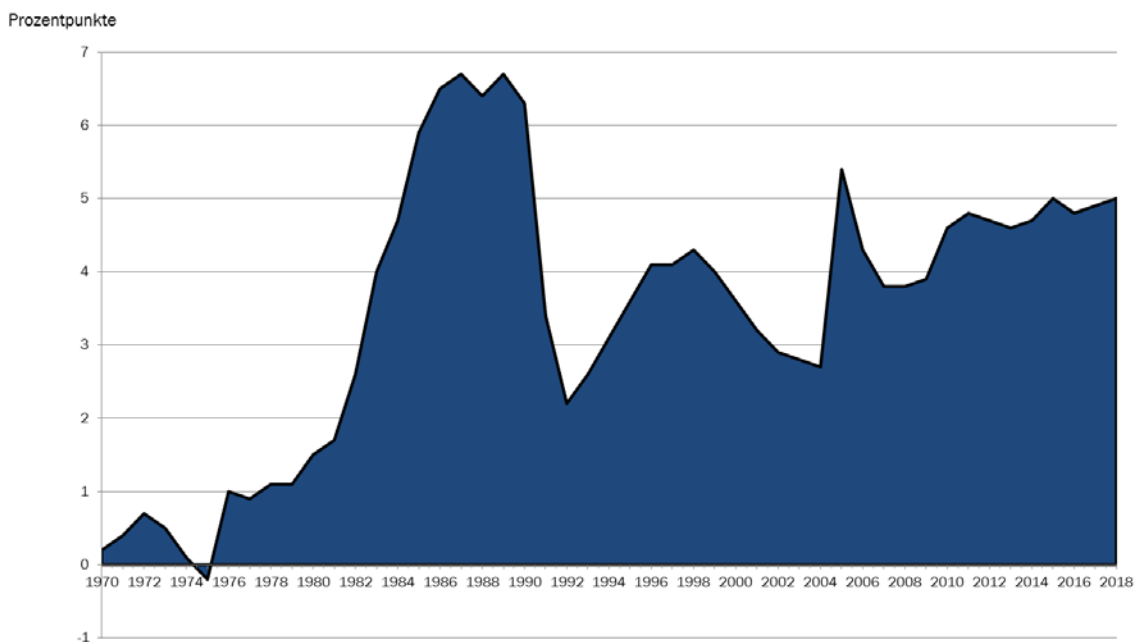
¹⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Diverse Daten, Nürnberg.

¹⁵ Die atypisch Beschäftigten werden aus den Jahresergebnissen des Mikrozensus ermittelt und müssen folgende Kriterien erfüllen: Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und geringfügige Beschäftigung. Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Arbeitsmarkt, Atypische Beschäftigung, www.destatis.de, Abgerufen am 15.06.2019.

¹⁶ Vgl. Seils, E.; Baumann, H. (2019): Trends und Verbreitung atypischer Beschäftigung, eine Auswertung regionaler Daten, WSI-Policy Brief Nr. 34, Juni 2019; Vgl. Neudecker, J. (2019): Bremen ist Hauptstadt der Minijobber, Weser Kurier, 25.06.2019, www.weser-kurier.de, Abgerufen am 25.06.2019; Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Kernerwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen (atypisch Beschäftigte) nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten, www.destatis.de, Abgerufen am 15.06.2019.

Abbildung 2

Abstand der Bremischen Arbeitslosenquote¹ zum Bundesdurchschnitt 1970-2018



¹ Arbeitslose im Verhältnis zur Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
Quellen: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2019); HWWI.

Ein Großteil der Arbeitslosigkeit lässt sich überwiegend durch strukturelle Gegebenheiten des hiesigen Arbeitsmarktes einerseits und Struktur Anpassungen der bremischen Wirtschaft andererseits erklären. Die Nachfrage nach Arbeitskräften im Land Bremen ist derzeitig außerordentlich hoch. Der regionale Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit BA-X ist seit 2010 bis zuletzt angewachsen.¹⁷ Erst seit März/April 2019 gibt es eine leichte Korrektur am Arbeitsmarkt, wonach die Nachfrage leicht zurückgegangen ist.¹⁸ Da sich die hohe Nachfrage nach qualifizierter Arbeit am Bremer Arbeitsmarkt nur unzureichend decken lässt, wird sie aus dem Umland und vermehrt auch aus dem Ausland befriedigt. Es bleibt somit in Bremen eine hohe Mismatch-Arbeitslosigkeit, bei der die Qualifikation der Arbeitsuchenden nicht zu den Anforderungen an offenen Stellen passt.

Die tendenzielle Verarmung wachsender Bevölkerungsteile ist nicht zwangsläufig ein Bremer Spezifikum. Bremen hat zwar im Vergleich der Bundesländer bei den für Armut relevanten Indikatoren eine Top-Position inne, nicht jedoch bei der Zugrunde-

¹⁷ Der BA-X spiegelt neben der aktuellen Arbeitskräftenachfrage auch fluktuationsbedingten Ersatzbedarf wieder. Stellen werden nicht immer zeitnah besetzt. Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitskräftenachfrage im Land Bremen bleibt hoch, BA-X regional Bremen, Hannover.

¹⁸ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitskräftenachfrage im Land Bremen bleibt hoch, BA-X regional Bremen, April 2019, Hannover.

legung von Städten vergleichbarer Größenordnung (vgl. Tabelle 1). So sind die sogenannte Armutsgefährdungsquoten¹⁹ in Städten wie Duisburg (mit 29,4 % der Bevölkerung), Nürnberg (24,5 %) oder Dortmund (24,3 %) zum Teil deutlich höher als in der Stadt Bremen (21,9 %).²⁰ Dabei besteht eine evidente Korrelation zwischen Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Verarmung. Manche Familien sind davon über Generationen betroffen. So sind Jugendliche aus dem elterlichen Milieu von Langzeitarbeitslosigkeit mit größerer Wahrscheinlichkeit selbst weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen als andere Gruppen.²¹ Die Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert sich in Bremen bis heute lokal dort, wo vor Jahrzehnten noch große Unternehmen mit einem hohen Anteil an An- und Ungelernten Beschäftigten ansässig waren, vor allem in Gröpelingen, Woltmershausen, Blumenthal, Vegesack, Hemelingen und Grohn.²²

Tabelle 1

Kerndaten der Arbeitslosigkeit 2018

| | Arbeitslose | Arbeitslosenquote ¹ | davon Ausländer | davon langzeit Arbeitslose | davon 55-65 jährige | Armut ² | SGB II - Quote ³ | Asylbewerber ⁴ |
|--------------------|-------------|--------------------------------|-----------------|----------------------------|---------------------|--------------------|-----------------------------|---------------------------|
| Deutschland | 2.340.082 | 5,8% | 26,7% | 34,8% | 21,6% | 15,8 | 9,0 | 11,7 |
| Bremen | 34.904 | 10,8% | 35,9% | 43,6% | 17,0% | 23,0 | 18,1 | 17,8 |
| Bremen, Stadt | 27.446 | 10,2% | 37,8% | 44,7% | 17,0% | : | 16,9 | 11,0 |
| Bremerhaven, Stadt | 7.458 | 13,8% | 29,1% | 39,4% | 16,9% | : | 23,8 | 51,0 |
| Niedersachsen | 227.834 | 5,8% | 24,6% | 36,3% | 20,6% | 16,7 | 8,9 | 14,3 |

1 Arbeitslosenquote bez. abh. zivile Erwerbbsp.

2 Armutsgefährdungsquote (Bundesmedian) Jahr 2017.

3 Anteil der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Personen im SGB II an den unter 65-jährigen in %.

4 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerbergesetz je 1.000 Einwohner.

Quellen: Arbeitsmarktsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2019); Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019); Statistisches Bundesamt (2019); HWWI.

¹⁹ Die Armutsgefährdungsquote misst das Einkommen einer Person, die mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung (Deutschland) auskommen muss. Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Metadaten, www.destatis.de, Abgerufen am 15.05.2019.

²⁰ Vgl. Ergebnisse des Mikrozensus gemessen am Bundesmedian. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, Arbeitskreis Sozialberichterstattung (AK SBE), Wiesbaden.

²¹ Biewen, M.; Hillmert, S. (2015): Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland (Follow Up-Studie zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung), Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen (IAW), Tübingen.

²² Statistisches Landesamt Bremen (2019): Bremer Ortsteilatlant, www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 15.05.2019. Vgl. Andreas, V.; Böhme, R., Fortmann, F.; Nischwitz, G. (2018): Bremen-Nord: Chancen zur Neupositionierung nutzen! Zwischenbilanz, Perspektiven, Gesamtstrategie, Institute Arbeit und Wirtschaft (iaw), Arbeitnehmerkammer Bremen, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen, 23, Bremen.

Gegenwärtig erfolgt die Zuwanderung in die Städte großenteils aus dem Ausland, während gleichzeitig relativ hohe Wanderungsverluste aus der Stadt in die angrenzenden Umlandgemeinden verzeichnet werden, wo Baugrundstücke und Mietwohnungen preiswerter zu haben sind als in den urbanen Zentren. Auffällig erscheint bei der Analyse der innerdeutschen Wanderungssalden²³ der Stadt Bremen, dass die größten Wanderungsverluste in den Altersklassen der 30- bis 50-Jährigen erfolgen. Folglich ist eine verstärkte Suburbanisierung des bremischen Umlandes zu beobachten.²⁴ Positive Salden sind hingegen bei unter 30-Jährigen und Personen im Rentenalter zu konstatieren, die jeweils von Agglomerationsvorteilen einer Großstadt (Ausbildung bzw. Versorgungsinfrastruktur) profitieren. Ähnliche Schlussfolgerung lassen sich für die Stadt Bremerhaven konstatieren.²⁵ Diese Entwicklung könnte den bremischen Haushalt weiter belasten, da überwiegend einkommensstärkere Personengruppen ins Umland abwandern. Auch könnte sich das Risiko durch die steigende Armutsgefährdungsquote auf den Haushalt mit entsprechend steigenden Sozillasten erhöhen. Hinzu kommt, dass der unerwartet hohe Zuzug von Ausländern nach Bremen Zugewinne an neuen Arbeitsplätzen teilweise kompensiert und einen stärkeren Rückgang der Arbeitslosenquote verlangsamt.²⁶ Dies könnte ebenfalls einen Anstieg sozialer Transferleistungen zur Folge haben.

Zusammengefasst: Die hohe Arbeitslosigkeit und relativ hohe Armutsgefährdungsquote tragen wesentlich zum strukturellen Defizit des bremischen Haushalts bei, da Sozialausgaben zu großen Teilen von den Kommunen zu zahlen sind. Eine spürbare Abnahme der Arbeitslosigkeit ist vor allem demographisch bedingt durch das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer zu erwarten.

²³ Die Wanderungsstatistik weist neben der Personenzahl der Zuzüge und Fortzügen auch nach Subtraktion von Zu- und Fortzügen die Differenz als Wanderungssaldo aus. Ein positiver Wanderungssaldo zeigt, dass mehr Personen zu- als fortgezogen sind und vice versa. Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Wanderungssaldo, www.destatis.de, Abgerufen am 16.05.2019.

²⁴ Vgl. Andreas, V.; Böhme, R., Fortmann, F.; Holtermann, J.; Nischwitz, G. (2018): Wachsende Stadt Bremen, Zwischen Reurbanisierung und Suburbanisierung, Institute Arbeit und Wirtschaft (iaw), Arbeiterkammer Bremen, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen, 23, Bremen.

²⁵ Vgl. Schlitte, F. (2017): Bremerhaven, Oberzentrum einer Region, Handelskammer Bremen für Bremen und Bremerhaven (Hrsg.), Bremen.

²⁶ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2018): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 15.06.2019.

2.3 | Beschäftigung und Wirtschaftsstruktur

Bremen ist, gemessen am Umsatz, Deutschlands sechstgrößter Industriestandort.²⁷ Während sich im Zuge der Deindustrialisierung viele Städte zu Dienstleistungszentren entwickelt haben, lässt sich für Bremen eine starke industrielle Basis mit einer überwiegend großbetrieblicher Strukturen feststellen. Wichtigste Branchen sind die Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, der Spezialschiffbau sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie die Stahlproduktion. Zeitweise schien sich auch die Windindustrie zu einer Säule der bremischen Industrie zu entwickeln. Der größte industrielle Arbeitgeber Bremens ist mit 12.500 Beschäftigten das Mercedes-Werk in Sebaldsbrück. Mit einem Exportanteil von etwa 70 % ist die bremische Industrie stark ausfuhrabhängig. Zudem hat das Produzierende Gewerbe im Land Bremen mit einem Anteil von 22,8 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine größere Bedeutung als in Städten ähnlicher Größenordnung und im bundesdeutschen Durchschnitt.²⁸

Der Anteil der im bremischen Dienstleistungssektor Beschäftigten beträgt 77 % (2015). Der hiesige Dienstleistungssektor ist eng mit der lokalen Industrie vernetzt und verflochten. So weist Bremen wichtige Schwerpunkte und Spezialisierungen im Sektor „Handel und Verkehr, Logistik“.²⁹ Für sie sind die bremischen Häfen von fundamentaler Bedeutung. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich blieb in der jüngeren Vergangenheit jedoch hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Eine Ausnahme bilden unternehmensnahe Dienstleistungen für andere Unternehmen, hierunter

²⁷ Vgl. Wirtz, R. (2018): Bremen zählt zu den größten deutschen Industriestandorten, Wirtschaftsförderung Bremen, 5.11.2018, www.wfb-bremen.de, Abgerufen am 13.06.2019.

²⁸ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2016): Tabelle sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschaftszweigen (ab 2007). Daten für 2015 www.statistik-bremen.de, abgerufen am 15. 6. 2019. Das Produzierende Gewerbe setzt sich neben dem Verarbeitenden Gewerbe aus Bergbau und Gewinnung von Steinen, Energieversorgung und Wasserversorgung zusammen.

²⁹ Die regionale Spezialisierung durch Berechnung der Lokationsquotienten zeigt einen Wert für den „Handel und Verkehr, Logistik“ von 1,48 für das Land Bremen, gegenüber von 1,29 für den Stadtstaat Hamburg und 1,06 für das Land Niedersachsen; für die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ von 1,54 für Bremen, von 1,10 für Hamburg und 0,90 für Niedersachsen; für die „Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln“ für den Stadtstaat Bremen von 1,23, für Hamburg von 0,85 und für Niedersachsen von 1,52. Der Lokationsquotient misst dabei das relative regionale Verhältnis der Beschäftigten zum relativen bundesweiten Verhältnis der Beschäftigten eines Wirtschaftszweigs. Ein Wert größer eins bedeutet, dass der Sektor überproportional in einer Region vertreten ist und vice versa. Vgl. Vöpel, H., Wolf, A. (2017): Wirtschaft im Umbruch-Norddeutschland vor Strukturwandel, HWWI Policy Paper 101, Hamburg; Vgl. Padovan, L.; Schlitte, F.; Wedemeier, J.; Wilke, C. (2013): Wachstumspotenziale der Region Weser-Ems und Bremen - Herausforderungen und Perspektiven bis zum Jahr 2030, im Auftrag der Oldenburgischen Landesbank AG, Oldenburg. Dies zeigt sich beispielsweise in der Clusterstrategie mit den Branchen wie Luftfahrt, Automotive oder Nahrungs- und Genussmittelindustrie entsprechend wieder. Vgl. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2019): Industrie und Cluster, www.wirtschaft.bremen.de, Abgerufen am 13.06.2019.

insbesondere das Verarbeitenden Gewerbe.³⁰ Allerdings ist die Forschungs- und Wissensintensität der bremischen Dienstleistungsbetriebe eher unterdurchschnittlich. Auch liegt die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Bremen unter dem Bundesdurchschnitt.³¹

Die relativ starke Spezialisierung der bremischen Unternehmenslandschaft kann einerseits Vorteile für den Wissensaustausch und die Produktionskosten innerhalb einer Branche bringen. Andererseits sind jene Sektoren, auf die sich die bremische Wirtschaft besonders konzentriert hat, aktuell besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Hierzu zählen die Häfen und der Logistikbereich, die von der Zukunft der Globalisierung und des Handels mehr als andere Branchen abhängig sind und darauf sensitiv reagieren. Dies zeigt der Blick in die Statistik: Setzt man beispielhaft das Außenhandelsvolumen der norddeutschen Länder (Summe aus Ex- und Importen im Außenhandel) für das aktuellste Beobachtungsjahr 2015 in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung, zeigt sich vor allem für Bremen (und Hamburg) ein hoher Grad an Außenhandelsintensität, der den in absoluten Größen starken Exportländer Bayern und Baden-Württemberg deutlich übersteigt.³² Diese außerordentliche wirtschaftliche Leistung, zeigt aber auch die Verwundbarkeit gegenüber (globalen) Schocks.

Die Windindustrie ist aktuell einer Krise ausgesetzt, die durch politische Reformen auf Bundesebene hervorgerufen wurde und bereits zu Insolvenzen geführt hat.³³ Die Lebenszeit des Verbrennungsmotors wird voraussichtlich kürzer sein als gedacht, und auch wenn Mercedes sein erstes Elektromobil EQC in Bremen fertigt, steht die Zuliefererindustrie vor größeren strukturellen Problemen.³⁴ Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie steht nach den Weggängen von Coca Cola, Könecke, Hachez und Kellogs vor einer Neuorientierung. Und die Industrie (sowie der Verkehrssektor) wird vor dem Hintergrund der Debatte um die CO₂-Emissionen stärkere Beiträge leisten müssen, da

³⁰ Vgl. Müller, B.; Rammer, C.; Schlitte, F.; Sünner, I.; Wedemeier, J.; Wilke, C. (2014): Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013, Bericht im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen.

³¹ Vgl. Handelskammer Bremen (Hrsg.): Die bremische Dienstleistungswirtschaft – Struktur und Entwicklung im Standortvergleich. Bremen 2017

³² Vgl. Vöpel, H., Wolf, A. (2017): Wirtschaft im Umbruch-Norddeutschland vor Strukturwandel, HWWI Policy Paper 101, Hamburg.

³³ Vgl. Schwiegershausen, F. (2019): Senvion-Gipfel im Bremer Rathaus, Weser Kurier, 16.05.2019, www.weser-kurier.de, Abgerufen am 13.06.2019.

³⁴ Vgl. Bratzel, S., & Thömmes, J. (2018). Alternative Antriebe, Autonomes Fahren, Mobilitätsdienstleistungen: Neue Infrastrukturen für die Verkehrswende im Automobilssektor (No. 22). Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Berlin; Vgl. Buten un Binnen (2018): E-Auto aus Bremer Mercedes-Werk soll Tesla Konkurrenz machen, www.butenunbinnen.de, Abgerufen am 13.06.2019.

das Reduktionsziel von 40 % bis 2020 im Vergleich zu 1990 mit 16-20 % im Land Bremen deutlich verfehlt wird.³⁵

Auch im Verkehrssektor, der nicht nur für die Logistik und das Handelsgewerbe eine wichtige Rolle spielt, ist Bremen Herausforderungen ausgesetzt. So ist der Ausbau der A 281 und der damit angestrebte Ringschluss der Autobahn um Bremen zwar mit dem begonnenen Bau des Wesertunnels fortgeschritten, die Fertigstellung wird aber voraussichtlich noch Jahre in Anspruch nehmen. Auch beim innerstädtischen Verkehr und täglichen Pendlerströmen besteht Optimierungsbedarf. Ein dysfunktionaler Verkehrssektor kann dabei auch als negativer Standortfaktor wahrgenommen werden, der potenzielle Investoren und Unternehmen abschrecken könnte.

Zusammengefasst: Die bremische Wirtschaft weist eine überdurchschnittliche und großbetriebliche industrielle Basis auf, von der wiederum zahlreiche andere Branchen wie Logistik und Häfen abhängig sind. Der Dienstleistungssektor ist eher unterrepräsentiert.³⁶ Modernisierungen, Rationalisierung und strukturelle Anpassungen – branchenspezifische Trends und Schocks – in der Industrie (wie z.B. die Elektrifizierung des Automobylantriebs) bergen ein hohes Gefährdungspotential für die Arbeitsplätze in Bremen. Hier offenbaren sich signifikante Unterschiede zu Regionen mit einer Dominanz innovativer Klein- und Mittelbetriebe (KMU), die auf Krisen und Schocks flexibler reagieren können. Zugleich hat sich der regionale Wettbewerb um Ideen, Innovationen und Investitionen in den letzten Jahren enorm weiter verschärft.³⁷ Für die Strukturpolitik bedeutet dies, dass im Bereich der Innovationen, der Qualifizierung und der Ansiedlung von KMU neue Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

³⁵ Vgl. Sundermann, S. (2018): Bremen verfehlt seine Klimaziele, Weser Kurier, 15.01.2018, www.weser-kurier.de, Abgerufen am 13.06.2019.

³⁶ Vgl. Müller, B.; Rammer, C.; Schlitte, F.; Sünner, I.; Wedemeier, J.; Wilke, C. (2014): Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2013, Bericht im Auftrag des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen, Bremen. Vgl. Vöpel, H., Wolf, A. (2017): Wirtschaft im Umbruch-Norddeutschland vor Strukturwandel, HWWI Policy Paper 101, Hamburg.

³⁷ Vgl. Vöpel, H., Wolf, A. (2017): Wirtschaft im Umbruch-Norddeutschland vor Strukturwandel, HWWI Policy Paper 101, Hamburg.

2.4 | Bildung

Im Bereich der Qualifizierung zeigt der Standort Bremen starke Defizite, vor allem in der schulischen Bildung. Das verdeutlichen die jüngsten Ergebnisse des IQB-Tests der schulischen Leistungen von Neuntklässlern in Deutschland. Im Bundesländervergleich waren die Bremer Schüler in fast sämtlichen Kompetenzfeldern der untersuchten Fächer Schlusslicht. Dies hat sich in ähnlicher Form auch bei vorangegangenen Tests gezeigt. Dass die Bremer Schüler damit auch deutlich schlechter abschneiden als die Berliner und Hamburger zeigt, dass dies nicht allein durch die spezifische Stadtstaaten-Problematik (hoher Migrantenanteil, hoher Anteil an Transferempfängern) zu erklären ist.³⁸ In Städten wie Stuttgart oder Nürnberg waren in 2015 die Ausländeranteile unter den Schülern wesentlich höher (21 % und 15 %) als in Bremen und Bremerhaven (11 % und 12 %).³⁹

Wie überall sehen sich auch in Bremen und Bremerhaven die Schulen mit der Herausforderung konfrontiert, Schüler mit Migrationshintergrund in die Klassen einzubinden. Diese Herausforderung wird bis 2030 wachsen, insbesondere wenn berücksichtigt wird, dass Bremens Bevölkerungszug zu einem weit überdurchschnittlichen Teil aus dem Ausland stammt.⁴⁰ Dabei zeigt sich, dass das Leistungsniveau der Schüler von Stadtteil zu Stadtteil sehr unterschiedlich ist,⁴¹ abhängig von Bildung und Einkommen der Eltern.⁴² Denn der schulische Erfolg ist maßgeblich geprägt durch die frühkindliche Bildung und den Spracherwerb.

Defizite zeigen sich auch in der Finanzierung des Bildungssystems: So ist zum Beispiel in der Ausgabenpriorisierung (Bildungsausgaben relativ zur Bevölkerung) das Land Bremen in allen Kategorien (Grundschulen, allgemeinbildende Schulen, aber auch Berufsschulen) Schlusslicht im Bundesländervergleich.⁴³ Hingegen ist der Anteil der Schüler ohne Schulabschluss in den letzten Jahrzehnten in Prozentpunkten stark zurückgegangen: Waren 1995 in Bremen und Bremerhaven noch etwa 10 % der Schüle-

³⁸ Vgl. IQB (2015): IQB-Bildungstrend 2015 - Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, Berlin. Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2019): Bildungs-Monitor 2016, <http://www.insm-bildungsmonitor.de>, Abgerufen am 05.04.2019.

³⁹ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2017, Bonn.

⁴⁰ Hingegen ist der Anteil an Geburten unter den Ausländern zum Anteil der Geburten unter den Deutschen gleichverteilt.

⁴¹ Vgl. Handelskammer Bremen (Hrsg.) (2017): Wachstum für das Land Bremen, Perspektive Bremen-Bremerhaven 2030, Wohin das Land Bremen in den kommenden Jahren steuern muss, Bremen.

⁴² Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2019): Bremer Ortsteilatlant, www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 15.06.2019.

⁴³ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2019): Bildungs-Monitor 2016, <http://www.insm-bildungsmonitor.de>, Abgerufen am 05.04.2019.

rinnen und Schüler ohne Abschluss, wurden für 2015 für Bremen etwa 6 % und für Bremerhaven 7 % ausgewiesen (vgl. Tabelle 3). Städte wie Nürnberg und Dortmund weisen hier etwa 8 % aus. Die Schulabbrecherquote im Land Bremen liegt auf durchschnittlichem Niveau mit Deutschland.⁴⁴

Im Bereich der Schulbildung (Leistungskriterien etc.) liegen die von Migration geprägten Stadtteile Bremens an letzter Stelle.⁴⁵ Die Politik des Senats, aber auch das in Bremen weit verbreitete und politisch geförderte Bürgerengagement, sieht in der tatsächlichen oder drohenden sozialen Ausgrenzung von Migranten eine zentrale politische Herausforderung. Als Positivbeispiel für eine erfolgreiche Strategie kann die Gesamtschule Bremen-Ost in Osterholz-Tenever mit ihren kulturellen Aktivitäten angeführt werden, die 2018 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurde. Insgesamt sind seit 2008 bereits sechs Bremer Schulen prämiert worden, die überwiegend in sozial schwächeren Stadtteilen liegen.⁴⁶

Viele Bildungsexperten sind der Ansicht, dass die ständigen Veränderungen in der Struktur und den Prioritäten des Schulsystems über die letzten Jahrzehnte nicht unwesentlich zu den sich häufenden Problemen beigetragen haben.⁴⁷ So zeigen denn auch Maßnahmen zu Schulreformen in Baden-Württemberg, dass Strukturänderungen zu Verschlechterungen der Schülerleistungen führen können. Umgekehrt zeigt sich, dass Länder mit überschaubaren Schulreformen eher überdurchschnittlich im IQB-Test abschneiden. Gegenwärtig setzt das Land Bremen die UN-Konvention der Inklusiven Pädagogik um. Die Implementierung der Inklusion bedarf längerer Umsetzungszeiträume in der Lehrerbildung, Budgetierung und Ausstattung. Diese Voraussetzungen sind in Bremen nur teilweise gegeben. So besuchen in Bremen seit 2009 lernschwache oder verhaltensauffällige Kinder Regelschulen ohne ausreichend sonderpädagogisch geschulte Fachkräfte. Dabei liegt der Anteil der Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen in Bremen deutlich über dem Bundesdurchschnitt.⁴⁸ Zudem ist das jetzige zweigleisige Modell für die Sekundarstufe I mit Oberschulen und Gymnasien in erster Linie eine Kompromisslösung, die den zwischen den Parteien in 2008 geschlossenen

⁴⁴ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2017, Bonn.

⁴⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2019): Bremer Ortsteilatlant, www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 14.06.2019.

⁴⁶ Vgl. Sundermann, S. (2018): Bremer Schule belegt zweiten Platz, *Weser-Kurier*, 14.05.2018, www.weser-kurier.de, Abgerufen am 13.06.2019.

⁴⁷ Vgl. Handelskammer Bremen (Hrsg.) (2017): Wachstum für das Land Bremen, Perspektive Bremen-Bremerhaven 2030, Wohin das Land Bremen in den kommenden Jahren steuern muss, Bremen.

⁴⁸ Vgl. Berkemeyer, N.; Bos, W.; Hermstein, B.; Abendroth, S.; Semper, I. (2017): *Chancenspiegel – Eine Zwischenbilanz*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

und kürzlich erneuerten „Schulfrieden“ aufrechterhalten soll, deren mittelfristige Stabilität über etwaige Regierungswechsel hinweg aber unsicher ist.⁴⁹

Tabelle 2

Kernindikatoren zur Bildung 2015

| | Studierende je 1.000 Einw. ¹ | Auszubildende je 1.000 sozialpf. Beschäftigte | Ausländische Schüler in % | Schulabgänger mit Hochschulreife in % ² | Schulabgänger ohne Abschluss in % ³ | Beschäftigte akadem. Abschluss in % ⁴ |
|--------------------|---|---|---------------------------|--|--|--|
| Deutschland | 33,6 | 43,3 | 7,9 | 34,4 | 5,7 | 14,4 |
| Bremen | 54,1 | 42,8 | 12,0 | 39,1 | 6,0 | 17,2 |
| Bremen, Stadt | 59,4 | 42,0 | 11,5 | 38,7 | 5,7 | 19,0 |
| Bremerhaven, Stadt | 28,2 | 46,9 | 14,0 | 40,7 | 7,1 | 7,7 |
| Niedersachsen | 25,2 | 51,2 | 6,8 | 32,5 | 5,1 | 11,6 |

1 Studierende an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen je 1.000 Einwohner.

2 Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an den Schulabgängern in %.

3 Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in %

4 Anteil der SV Beschäftigten am Wohnort mit akademischem Abschluss an den SV Beschäftigten am Wohnort in %.

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019), HWWI.

Die Anzahl der Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bewegt sich im Lande Bremen auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts; in Niedersachsen ist sie hingegen signifikant höher (vgl. Tabelle 2). Die Zahl der Auszubildenden reicht aber nicht aus, den Bedarf der Wirtschaft an Fachkräften zu decken. Der Mangel an Auszubildenden wird verschärft durch den demographisch bedingten temporären Rückgang an Schulabsolventen sowie durch die wachsende Neigung von Schülern, einen Hochschulabschluss und/oder eine akademische Ausbildung zu absolvieren. Besonders in Folge des Bologna-Prozesses⁵⁰ entscheiden sich seit 1999 mehr und mehr junge Menschen für Universitäten und Hochschulen und einen akademischen Abschluss, wohingegen die Wertschätzung der dualen Ausbildung sinkt. So stieg beispielsweise die Zahl der Studienanfänger im Land Bremen von rd. 4.300 im Jahr 2000 auf 6.900 Personen in 2014.⁵¹ Dieser Trend dürfte weiter anhalten, wenn auch mit sinkenden Zuwachsraten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die duale Ausbildung in Deutschland Berufe abdeckt, die in anderen Ländern formal einen akademischen Abschluss voraussetzen.

⁴⁹ Vgl. Die Senatorin für Kinder und Bildung (Hrsg.) (2019): Bildung, Allgemeine Bildung, www.bildung-bremen.de, Abgerufen am 14.06.2019; Vgl. Hethy, F. (2018): Bremer Schulfrieden: SPD, CDU, Grüne und Linke einigen sich, *Weser Kurier*, 11.09.2018, www.weser-kurier.de/bremen Abgerufen am 13.06.2019.;

⁵⁰ Der Bologna-Prozess ist die europaweite Harmonisierung von Studiengängen und -abschlüssen, mit dem Ziel u.a. die internationale Mobilität der Studierenden sowie die Anerkennung von Abschlüssen zu erzielen.

⁵¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2015): Bildung und Kultur, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11, Reihe 4.3.1., Wiesbaden.

Im Bereich der wissenschaftlichen Bildung verfügt das Land Bremen zurzeit über fünf Hochschulen in staatlicher Trägerschaft und mehrere private Hochschulen.⁵² Im MINT Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ist die Ausstattung Bremens weit entwickelt; der Anteil der Absolventen ist hier um 10-Prozentpunkte höher als in Hamburg, das am Ende der Skala liegt.⁵³ Gleiches gilt für den Bevölkerungsanteil mit einem akademischen Abschluss (vgl. Tabelle 2).

Die im Wissenschaftsplan vorgesehene Erhöhung der Grundfinanzierung und die damit einhergehende Aufstockung des Personals können weiter zur Profilierung der Bremischen Hochschullandschaft beitragen. Gleichwohl sind die Hochschulen des Landes weiterhin, wie in der Vergangenheit, auf eine erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln angewiesen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Universität Bremen den Status einer Exzellenz-Universität (mit entsprechenden verbundenen DFG-Fördermitteln) ab Mitte 2019 wieder abgeben muss. Dies wird mittelfristig den finanziellen Druck der Universität Bremen – auch mit Aufstellung des ambitionierten Wissenschaftsplans 2025 – erhöhen.⁵⁴

Zusammengefasst: Die wissenschaftlichen Einrichtungen (Institute etc.), Sonderforschungsbereiche und Studienprogramme bremischer Hochschulen genießen bundesweit einen guten bis exzellenten Ruf. Anders die schulischen Institutionen: Sie leiden nach wie vor unter erschwerten Voraussetzungen (u. a. hoher Migrantanteil und Schüler aus bildungsfernen Milieus; umstrittene Reformstrategien, mangelnde Ausstattung) und Unterfinanzierung, die Bremens negative Platzierung bei den wesentlichen Indikatoren im bundesdeutschen Bildungvergleich erklären.

2.5 | Pendeln und Wohnen

Die Entwicklung der Bevölkerung in Bremen war in den Jahren zwischen 2011 und 2017 positiv. Im Vergleich zu Deutschland (3,1 %) und Niedersachsen (2,4 %) nahm die Bevölkerung in Bremen Land (4,4 %), Bremen Stadt (4,4 %) und Bremerhaven (4,5 %)

⁵² Öffentliche Hochschulen: Hochschule Bremen, Hochschule Bremerhaven, Hochschule für Öffentliche Verwaltung, Hochschule für Künste Bremen und Universität Bremen; Private Hochschulen: u.a. Jacobs University; Apollon Hochschule der Gesundheitswirtschaft, FOM - Hochschule für Berufstätige, IUBH - Internationale Hochschule Duales Studium; Hochschule für internationale Wirtschaft und Logistik. An den Hochschulen im Land Bremen gibt es rund 30 Tsd. Studenten.

⁵³ Vgl. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2019): Bildungs-Monitor 2016, <http://www.insm-bildungsmonitor.de>, Abgerufen am 05.04.2019.

⁵⁴ Vgl. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2019): Wissenschaftsplan 2025Schwerpunkte der bremischen Wissenschaftspolitik2020 -2025, Bremen; Vgl. Heibült, J. (2018): Stellungnahme zum Entwurf des Wissenschaftsplans 2025, Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremen.

überdurchschnittlich zu.⁵⁵ Die Wanderungssalden zeigen, dass das Bevölkerungswachstum zwischen 2014 und 2017 vor allem von Ausländern aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland getragen wurde (Tabelle 3). Im Verlauf der Suburbanisierung wandern allerdings immer mehr Erwerbstätige in der Altersklasse der 30-50 jährigen, Inländer wie Ausländer, in einkommensstärkere Stadtteile (u.a. Schwachhausen, Oberneuland, Gete)⁵⁶ sowie ins Umland ab (vgl. Abbildung 4). In die frei gewordenen Wohnungen mit preiswerten Mieten ziehen wiederum größtenteils Personen ohne ausreichende Qualifikation oder/und (bei Migranten) mit unzureichenden Sprachkenntnissen nach (gegenwärtig vor allem aus Osteuropa),⁵⁷ sodass sich in den betreffenden Stadtteilen relativ homogene soziale Milieus (u.a. Gröpelingen) mit teilweise hoher Arbeitslosigkeit und evidenten Bildungs- und Sprachdefiziten heraus gebildet haben.

Dabei blieb die Förderung des Städtebaus in Bremen hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurück (Tabelle 4). Die Mietpreise bewegten sich in Bremen mit 8,20 Euro pro Quadratmeter im 1. Halbjahr 2018 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau, obwohl der Anstieg in den zurückliegenden Jahren mit 32 % gegenüber 2008 relativ stark war.⁵⁸ Gleichzeitig offenbart sich bei Grundstückspreisen und Wohnungsmieten ein enormer Abstand zwischen bevorzugten Lagen und benachteiligten Gebieten.⁵⁹

Bei der Betrachtung der Neubautätigkeit zeigt sich, dass im Land Bremen im Vergleich zu Niedersachsen unterproportional wenige Häuser in den Markt gebracht wurden. Zugleich fällt auf, dass im niedersächsischen Umland vor allem größere Wohnungen bzw. Häuser dominieren, während in Bremen vergleichsweise mehr Wohnungen mit kleinerer Wohnfläche angeboten wurden. Auch ist die Veränderung des aktuellen Bestands an Wohnungen in der Stadt Bremen sowie in den niedersächsischen Umlandgemeinden stark unterschiedlich: So wurden in den Jahren 2011 bis 2015 in den Umlandgemeinden im Vergleich zu Bremen überdurchschnittlich viele Wohnungen mit 5 und mehr Räumen fertiggestellt (Umlandgemeinden: rd. 5.400; Bremen Stadt: rd. 2.900).⁶⁰ Umgekehrt ist die Entwicklung der Zahl der Wohnungen mit 1 und

⁵⁵ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019), Bevölkerungsentwicklung z. 31.12., Wiesbaden.

⁵⁶ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen (2019): Bremer Ortsteilatlant, www.statistik-bremen.de, Abgerufen am 14.06.2019.

⁵⁷ Vgl. ebenda.

⁵⁸ Vgl. Immowelt (2018): 10-Jahresvergleich: Mieten in deutschen Großstädten explodieren; www.news.immowelt.de, Abgerufen am 14.06.2019; Vgl. Wirtschaftswoche (2018): Wo das Wohnen noch erschwinglich ist, www.wiwo.de, Abgerufen am 13.06.2019.

⁵⁹ Vgl. Gutachterausschuss Bremen (2019): Bodenrichtwertkarte, www.gutachterausschuss.bremen.de, Abgerufen am 14.06.2019; Vgl. Echtermann, A. (2017): So hoch sind die Mieten in den Bremer Stadtteilen, www.weser-kurier.de Abgerufen am 13.06.2019.

⁶⁰ Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2017, Bonn.; Vgl. auch Andreas, V.; Böhme, R.; Fort-

2 Räumen in Bremen Stadt überdurchschnittlich.⁶¹ Insoweit kann es nicht verwundern, dass vor allem Erwerbstätige im Prozess der Familiengründung überdurchschnittlich oft in das niedersächsische Umland abgewandert sind.⁶² Diese Bevölkerungsbewegungen schmälern auf Grund des Wohnsitzprinzips bei der Lohn- und Einkommenssteuer die bremischen Steuereinnahmen zugunsten der Umlandgemeinden und unterstreichen am Standort Bremen den Handlungsbedarf im Bereich des Wohnungsbaus für Familien (vgl. Abschnitt 2. 1).⁶³

In der Erkenntnis, dass die Umlandabwanderung die Stadt und deren gegenwärtige Haushaltsituation beeinträchtigt, ist der Bremer Senat seit längerem bestrebt, durch die Förderung des Wohnungsbaus in Bremen qualifizierte Beschäftigte zum Bleiben zu bewegen. Gleichzeitig wird der soziale Wohnungsbau (20-25 % Quote in Neubaugebieten) wieder stärker gefördert.⁶⁴ Umgekehrt gibt es im Bereich der bauträgerfreien Grundstücke in Bremen ein relativ geringes Angebot, wohingegen diese Form der Bautätigkeit in den Umlandgemeinden stärker vertreten ist. Dabei weist die Stadt Bremen die höchste Eigentümerquote (rd. 40 %) unter den deutschen Großstädten mit mehr als 400 Tsd. Einwohnern auf. Vergleichbare Städte wie Leipzig (rd. 11 %) oder Nürnberg (rd. 30 %) verzeichnen eine deutlich geringere Eigentümerquote.⁶⁵

mann, F.; Holtermann, J.; Nischwitz, G. (2018): Wachsende Stadt Bremen, Zwischen Reurbanisierung und Suburbanisierung, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 23, Bremen.

⁶¹ So lag der Anteil von 1- und 2-Raum Wohnungen in 2015 im Bundesland Bremen bei 17,3% und in Niedersachsen bei 7,6%. Der Anteil von 5- und mehr Raum-Wohnungen lag in 2015 im Stadtstaat Bremen bei 30,4% und in Niedersachsen bei 51,8%. Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2017, Bonn.

⁶² Gründe wie der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen können hier nicht näher analysiert werden.

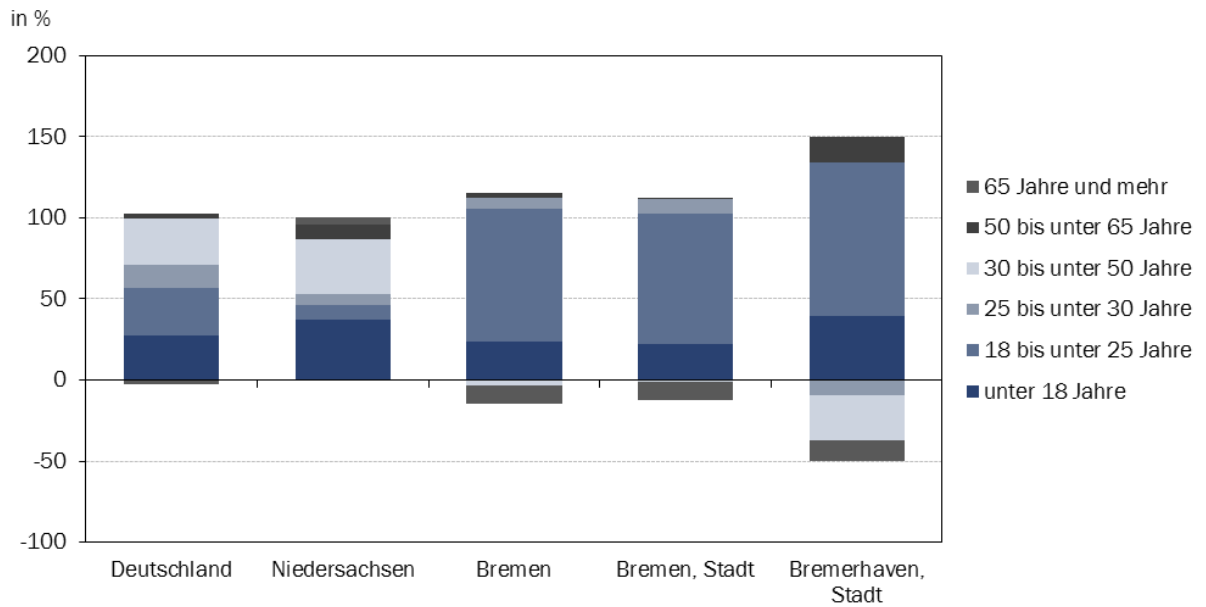
⁶³ Hinzu kommt, dass das Land Bremen durch die Einwohnerveredelung (Faktor 1,35) im kommunalen Länderfinanzausgleich überdurchschnittlich von höheren Zuweisungen durch mehr Einwohner profitiert. Im Rahmen des sog. „Stadtstaatenprivilegs“ werden im Länderfinanzausgleich die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Berlin gegenüber den Flächenländern finanziell bevorzugt. Dies geschieht, indem die Einwohnerzahl bei Stadtstaaten mit dem Faktor 1,35 multipliziert wird. Da sich die Ausgleichszahlungen an der Höhe der Einwohnerzahl bemessen, resultieren hieraus relativ höhere Ausgleichszahlungen für die Stadtstaaten. Vgl. Söllner, F. (2001): Die Einwohnerveredelung im Länderfinanzausgleich, In: ifo Schnelldienst, 3/2001; Vgl. Schlitte, F. (2017): Detailbewertung zum Beschluss über die Neuregelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems (ab 2020), www.handelskammer-bremen.de, Abgerufen am 13.06.2019.

⁶⁴ Vgl. GEWOBA (2019). 1.100 neue Wohnungen für Bremen, www.gewoba.de, Abgerufen am 14.06.2019; Vgl. Bremische Bürgerschaft (2018): Fünf Jahre Wohnraumförderprogramme des Senats – Bilanz und Perspektiven, Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vom 3. April 2018

⁶⁵ Vgl. Andreas, V.; Böhme, R.; Fortmann, F.; Holtermann, J.; Nischwitz, G. (2018): Wachsende Stadt Bremen, Zwischen Reurbanisierung und Suburbanisierung, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 23, Bremen. Analysen aus dem Jahr 2014 zeigen umgekehrt, dass die Eigentümerquote nach Bundesländern in Bremen im Bundesvergleich unterdurchschnittlich ist (38,8% zu 45,5%), allerdings im Stadtstaaten-Vergleich überdurchschnittlich (Hamburg 22,6% und Berlin 14,2%). Vgl. Statistisches Bundesamt (2019): Gesellschaft und Umwelt: Wohnen, www.destatis.de, Abgerufen am 15.06.2019.

Abbildung 4

Wanderungssaldo nach Altersgruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt (2019); HWWI.

Tabelle 3

Kerndaten zum Wandern und Pendeln

| | Saldo Fort- und Zuzüge 2014-2017 | | Bildungswanderer ¹ | | Familienwanderer ² | | Beschäftigte am Arbeitsort, 2015 | |
|--------------|-------------------------------------|--------------------|-------------------------------|------|-------------------------------|---|-------------------------------------|------------------------|
| | Insgesamt | davon Ausländer | 2015 | 2015 | | | Pendlersaldo je 100 SV | Einpender je 100 SV |
| Deutschland | 2.867.668 | 2.605.758 | - | - | - | - | 0,5 | 38,9 |
| Bremen | : | : | 15,1 | - | 9,2 | - | 27,1 | 43,2 |
| Bremen, Stad | 21.829 | 31.283 | 12,3 | - | 11,5 | - | 27,0 | 42,7 |
| Bremerhaven | 5.560 | 7.406 | 28,9 | - | 2,5 | - | 27,2 | 46,4 |
| Niedersachse | : | : | - | 5,9 | 1,2 | ■ | -4,6 | 33,5 |

1 Binnenwanderungssaldo der Einwohner von 18 bis unter 25 Jahren je 1.000 Einwohner der Altersgruppe

2 Binnenwanderungssaldo der Einwohner unter 18 Jahre und 30 bis unter 50 Jahre je 1.000 Einwohner der Altersgruppe

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019), Statistisches Bundesamt 2019); HWWI.

Tabelle 4

Kerndaten zum Wohnen

| | Städtebauförderung ¹ | | Baulandpreise ² | | Neubau Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern ³ | |
|--------------|---------------------------------|---------------|----------------------------|-----------------|---|------|
| | (langfristig) | (kurzfristig) | 2014/2015 | Veränderung | 1995 | 2015 |
| | 2006-2015 | 2011-2015 | | 2010/11-2014/15 | | |
| Deutschland | 65,3 | 32,3 | 142,4 | 14,2 | 2,5 | 1,2 |
| Bremen | 62,0 | 31,7 | 124,2 | - | 0,7 | 0,8 |
| Bremen, Stad | 49,0 | 24,8 | 192,9 | 27,3 | 0,7 | 0,8 |
| Bremerhaven | 125,6 | 65,5 | 48,2 | - | 0,7 | 0,5 |
| Niedersachse | 34,4 | 19,0 | 81,7 | 10,4 | 3,8 | 1,7 |

1 Verpflichtungsrahmen Städtebauförderung insgesamt (kurzfristig) in € je Einwohner

2 Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland in € je m²

3 Fertiggestellte Wohnungen in neuen Ein- und Zweifamilienhäusern je 1.000 Einwohner

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019), HWWI.

Zusammengefasst: Das signifikante Bevölkerungswachstum des Umlands („Speckgürtel“) hängt maßgeblich mit der Entwicklung der Wirtschaft in Bremen zusammen. Das Wachstum der bremischen Wirtschaft bietet nicht nur der eigenen Bevölkerung, sondern auch den Bewohnern des Umlands Arbeitsplätze. Zugleich wandern in Bremen viele Personen ins niedersächsische Umland ab. Auf Grund des Wohnsitzprinzips zahlen sie dort ihre Einkommens- und Lohnsteuer. Bremen wiederum stellt große Teile der Infrastruktur aus eigenen Mitteln zur Verfügung, was maßgeblich zu der hohen Verschuldung des Bundeslands beigetragen hat.

3 | Fazit

Nachdem das Bundesland Bremen bei der Staatsverschuldung Erfolge erzielt, bleiben Arbeitslosigkeit und Armut, strukturelle Modernisierung, Bildung sowie die Wohnraumbeschaffung die zentralen Herausforderungen an die Zukunft.

Die Handlungsmaximen sind weitgehend bekannt und bedürfen der Umsetzung. Hier sei u.a. auf die „Strategie 2030“ der Handelskammer Bremen, „Strategie 2035“ der Bremer Senatskanzlei und die strategischen Ansätze für eine erfolgreiche Innovationspolitik des Landes verwiesen. Außerdem gibt es zahlreiche Denkanstöße zur Entwicklung des Wohnungs- und Hausmarktes.⁶⁶ Allerdings gibt es auch wichtige Determi-

⁶⁶ Vgl. Handelskammer Bremen (Hrsg.) (2017): Wachstum für das Land Bremen, Perspektive Bremen-Bremerhaven 2030, Wohin das Land Bremen in den kommenden Jahren steuern muss, Bremen. Vgl. Land Bremen (2019): Zukunft Bremen 2035, Ideen für morgen, Ein neuer Rahmen für die Struktur- und Landesentwicklungspolitik, Bremen. Vgl. Bass, H.-H.; Niemeier, H.-M.; Wedemeier, J.; Wilke, C. (Hrsg.): Impulse für die Innovationspolitik im Land Bremen, HWWI Policy Paper 88, Hamburg; Andreas, V.;

nanten der wirtschaftlichen Entwicklung Bremens, auf die Bremen keinen unmittelbaren Einfluss hat. Hierzu zählt der Rahmen des Länderfinanzausgleichs, die Entwicklung der Tariflöhne oder auch die außenwirtschaftliche Verflechtung.

Bis heute bemüht sich das Land Bremen, die negativen Folgen der strukturellen Verwerfungen seit den 1970er Jahren zu bekämpfen. Andererseits sollten die wirtschaftlichen Erfolge und Stärken des Landes im Interesse seiner Standortattraktivität nicht ignoriert, sondern in den Dienst einer Werbeoffensive für Bremen gestellt werden. So haben sich u.a. die Wohnungspreise im Vergleich zu anderen Großstädten eher moderat entwickelt. Gemessen an der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nimmt das Bundesland Bremen mit nominal 3,8 % (2018) gegenwärtig den 3. Platz ein; und das Land bewegt sich seit Jahren auf einem der vorderen Plätze beim Wirtschaftswachstum. 2018 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen um mehr als 5.000 Personen zu.⁶⁷ Ähnliches gilt für die Einkommensentwicklung pro Kopf, bei der Bremen über dem Bundesdurchschnitt liegt. Auch weitere relevante Indikatoren zeigen, dass Bremen in seiner wirtschaftlichen Dynamik Anschluss an andere Bundesländer gefunden hat. Es bleibt aber noch viel zu tun.⁶⁸

Chance und Schwachstelle der bremischen Wirtschaft zugleich ist ihre weit überdurchschnittliche Exportabhängigkeit. Kaum ein Standort in Deutschland ist so stark vom Auf und Ab der Weltmärkte abhängig wie Bremen. Hier bedarf es einer stärkeren Diversifizierung mit einem breiteren Branchenmix. Eine große Hypothek für die wirtschaftliche und soziale Situation Bremens ist der überdurchschnittlich große Anteil von Langzeitarbeitslosen ohne ausreichende Qualifikation an der Arbeitslosenquote; er beschränkt die Möglichkeiten der Mobilisierung für den Arbeitsmarkt ganz erheblich und führt zu einer weitgehend erstarrten Situation.

Die finanzielle Ausstattung Bremens hat sich in jüngster Zeit merklich verbessert: Bremen konnte seine Schuldenlast vermindern und kann ab 2020 zugleich auf hohe Struktur- und Sanierungshilfen des Bundes zurückgreifen. Damit haben sich die Chancen für eine strukturelle Erneuerung Bremens verbessert. Zur Verbesserung der Attraktivität Bremens als Wohnort muss allerdings nicht nur vermehrt Wohnraum geschaffen werden, auch andere Bereiche (u.a. Bildung) bedürfen einer Anpassung. In diesem Kontext ist eine verstärkte Kooperation zwischen den Umlandgemeinden und Bremen innerhalb des Rahmens der Metropolregion Nordwest Bremen-Oldenburg erforderlich.

Böhme, R.; Fortmann, F.; Holtermann, J.; Nischwitz, G. (2018): Wachsende Stadt Bremen, Zwischen Reurbanisierung und Suburbanisierung, Reihe Arbeit und Wirtschaft in Bremen 23, Bremen.

⁶⁷Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2018, Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Ausgabe 2018, Statistische Ämter der Länder

⁶⁸ Vöpel, H., Wolf, A. (2017): Wirtschaft im Umbruch-Norddeutschland vor Strukturwandel, HWWI Policy Paper 101, Hamburg.

Das HWWI ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen- und Anwendungsforschung betreibt. Es versteht sich als wissenschaftlicher Impulsgeber für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das HWWI wird getragen von der Handelskammer Hamburg. Der wissenschaftliche Partner ist die Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das HWWI mit einer Niederlassung in Bremen präsent.

Die Themenfelder des HWWI sind:

- Digitalökonomie
- Arbeit, Bildung und Demografie
- Energie, Klima und Umwelt
- Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel
- Ökonomie der Städte und Regionen

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Oberhafenstraße 1 | 20097 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 340576-0 | Fax: +49 (0)40 340576-150

infowww.hwwi.org